

Die Friedensfrage und die reichs- deutschen Sozialdemokraten.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der sozialdemokratische Wortführer Dr. Gustav Müller beschuldigte kürzlich in den „Sozial. Monatsheften“ Nr. 14 die Führung der Scheidemanngruppe, daß sie noch immer „dem Wortradikalismus Konzessionen mache“, in der irrigen Hoffnung, ihm „durch Entgegenkommen das Gewerbe zu erschweren“, daß es ihr an „Bekennermut“ fehle, das als richtig erkannte auch offen und rückhaltlos zu vertreten. Dr. Müller meinte damit die ganze Haltung der Gruppe, be-

sonders aber ihre Stellungnahme zu den Fragen der Lebensmittelversorgung, mit welchen der Wortradikalismus durch bloßes Geschimpfe und demagogische Pauschalbeschuldigungen der Produzentenkreise fertig zu werden glaubt. Daß aber Müllers Kritik auch für das Verhalten der Partein Mehrheit in der Friedensfrage zutreffend ist, scheint der Wettkampf, der zwischen den Scheidemannleuten und dem Wortradikalismus auf diesem Gebiete entstanden ist, zu beweisen.

Der Parteivorstand (der Scheidemanngruppe) hat soeben in Verfolg seiner letzten Rundgebung eine „Petition an den Reichskanzler“ veröffentlicht, worin Herr v. Bethmann-Hollweg „aufgefordert“ wird,

daß dem Kriege, der seit mehr als zwei Jahren Europa verwühet und allen beteiligten Ländern ungeheure Opfer an Gut und Blut auferlegt, so bald als möglich ein Ende bereitet wird. Unter Ablehnung aller Eroberungspläne, die nicht nur den Krieg verlängern, sondern auch den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, fordern die Unterzeichneten von den verbündeten Regierungen, daß sie sich zum Abschluß eines Friedens bereit erklären, der dem Reiche 1. seine politische Unabhängigkeit, 2. seine territoriale Unversehrtheit, 3. seine wirtschaftliche Entwicklungsreihe gewährt.

Die Petition solle von jedem volljährigen Reichsdeutschen ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts unterschrieben werden; in der Tat weiß in der Sozialdemokratie infolge des heillosen Wirrwarrs bald niemand mehr recht, ob er „Mannl oder Weibl“ sei, insofern also darf die Unterschriftensammlung, da jeder und jede und jedes unterschreiben darf, auf einen Erfolg rechnen. Aber man erkenne auch hier unschwer die Konkurrenz mit dem „Wortradikalismus.“ Die Anhänger des letzteren haben kürzlich Scheidemann im Zirkus Sarasani-Dresden, wo er in einer großen Versammlung die Friedensfrage besprach, viel zu schaffen gemacht. Einige gut verteilte Radikale versuchten durch Zwischenrufe und Reden zur Geschäftsordnung ihren Ansichten Ausdruck zu geben. Ein Redner erklärte, Scheidemann spreche wie ein Landpastor. Ein anderer rief: „Wir wollen ihn nicht hören!“ usw. Es erhob sich dann ein großer Lärm, der minutenlang andauerte, bis schließlich unter dem Eindruck einer Gegenkundgebung die wenigen Radikalen verschwanden oder verstümmten. Dann erst konnte Scheidemann ungehindert seine Rede halten, in der er zurückwies, daß man einen Frieden um jeden Preis schließen solle. Das bedeute, daß Deutschland zu einem Bettelvolke unter den Völkern der Erde werde und daß auch die Arbeiter zu Bettlern werden würden. Scheidemann wies auch darauf hin, daß die Sozialisten in den feindlichen Ländern noch immer nicht das Geringste von einer Wiederanknüpfung der Verbindung mit den deutschen Sozialisten wissen wollten. Die deutsche Parteileitung habe wohl zehnmal versucht, in dieser Richtung zu vermitteln, aber alles sei vergeblich gewesen. Es heiße jetzt durchhalten. Man dürfe unseren kämpfenden Brüdern und Söhnen, denen gegenüber wir unseren Dank nicht abtragen können, nicht in den Rücken fallen. Die Versammlungsmehrheit billigte schließlich durch Beschluß diese Auffassung des Redners.

Daß aber der Wortradikalismus nicht locker läßt, erhellt aus der Tatsache, daß dieser Tage, wie der „Vokalanz.“ mitteilte, es der Berliner Polizei gelang als Hersteller gemeingefährlicher anonymer Flugschriften, in denen für eine gewalttätige „Herbeiführung des Friedens“ Stimmung gemacht wird, eine Berliner kleine Druckerei zu ermitteln, in der auch das anarchistische Blatt „Der freie Arbeiter“ gedruckt worden war. Als Herausgeber dieser Druckfachen mit irreführenden Pressvermerken, die die schweizerische Genossenschaftsdruckerei in Bern oder Eugen Böcke und Komp. gedruckt haben, wurde ein Redakteur

des Berliner sozialdemokratischen Pressbureaus und als Verbreiter ein Schriftführer des „Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine in Berlin und Umgebung“ festgenommen, die beide auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (Haase-Richtung) stehen. Der Drucker, der Besteller und der Verbreiter sind nach eingehenden Feststellungen der Staatsanwaltschafts zuggeführt worden und sehen einer strengen Bestrafung entgegen.